

Verkaufsstellen
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Buch-
bindereien der In- und
Auslande an.
Kauf-Expeditionen für die
verschiedenen Staaten:
H. A. Sorge,
No. 101 Hoboken, N. J.
G. W. Schneider,
No. 2. Market str. oorn.
Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
72r Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Kasseler Abonnements
werden bei allen Deutschen
Buchhandlungen auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
bei Lpz. Sachsen u. Preuß.
Buchh. Altona u. auf
den 1. Monat 2 Sgr. 5gr.
1873.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 87. Freitag, 19. September 1873.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 51 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr. (2 fl. 3 Kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Sgr. (5 Frs.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Sgr. (6 1/2 Frs.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn auf 17 1/2 Sgr. pro Quartal und 6 Sgr. pro Monat festgesetzt.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Glaube keiner, daß mit dem, was bis jetzt geschehen, genug gethan sei. Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, mit unermüdetem Eifer für die weitere Ausbreitung des „Volksstaat“ zu wirken, damit derselbe in keiner Fabrik, in keiner Werkstätte, in keiner Hütte mehr fehle. Je größer die Abonnentenzahl, desto wirksamer kann das Blatt eintreten für die Interessen des arbeitenden Volkes, desto nachdrücklicher kann es gegen die Klassenherrschaft und gegen die moderne Produktionsweise ankämpfen.

Parteigenossen! Der „Volksstaat“ ist das beste Mittel zur Verbreitung unserer Grundzüge; kein Opfer darf Euch zu groß erscheinen, wenn es gilt, demselben allüberall Eingang zu verschaffen!

Wir bitten, die Bestellungen rechtzeitig aufzugeben, damit in der Zusendung keine Verzögerung eintritt.

Redaktion und Expedition.

Cagliostro Bakunin.

I.

Seeben erscheint in französischer Sprache (Hamburg: Otto Weisner; auch durch die Expedition v. Bl. zu beziehen) die Broschüre: „Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die internationale Arbeiterassoziation“ — Bericht nebst Dokumenten, auf Geheiß des Haager internationalen Kongresses veröffentlicht. — Der Verfasser dieser Arbeit sind unterzeichnet: Dupont, Engels, Frankel, Le Mouffe, Marx, Serrailier.

Zum näheren Verständnis Folgendes: Der Haager Kongress, welcher Bakunin und Guillaume wegen Stiftung einer geheimen Gesellschaft („Allianz der sozialistischen Demokratie“) innerhalb der Internationalen, zum Zweck der Untergrabung derselben, aus der Assoziation ausgeschlossen hatte, gab der Untersuchungskommission über die „Allianz“ gleichzeitig auf, behufs Rechtfertigung des Ausschussesgeschlusses vor der Öffentlichkeit das gesammte Anklagematerial zu publizieren. Da die Untersuchungskommission jedoch in Folge Zerstreung ihrer Mitglieder in alle Weltgegenden an der Arbeit gehindert war, so wurde selbige der (aus den oben genannten 6 Personen bestehenden) Kongress-Protokoll-Redaktionskommission übertragen. — Der Umfang der Broschüre — 137 Seiten — mag theilweis entschuldigen, daß wir fast ein Jahr lang auf sie warten mußten. Der bessere Theil der Entschuldigung aber wird jedenfalls darin zu sehen sein, daß die Arbeit eine durchaus gründliche ist und für die Reinigung von der internationalen Arbeiterassoziation von den heilsamsten Wirkungen sein wird.

Glaubte man früher, daß Bakunin nur ein überspannter Schwärmer sei, der die Tragweite seiner Schlagwörter „Anarchie“, „Antiautoritarismus“, „politische Enthaltung“, „Abkündigung des Staats“ u. dergl. nicht zu ermessen vermöge, es mit seinem „Revolutionarismus“ aber eblich meine — so ist durch die vorliegende Arbeit nun zur Evidenz erwiesen, daß wir es in Bakunin nicht mit einem lediglich Berrückten, sondern mit einem Charlatan der aller schlimmsten Sorte, mit einem wirklichen Schwindler zu thun haben. Zwar ist nicht gerade zu Tage getreten, daß er (wie Manche glauben) von der russischen Regierung gekauft sei, aber das hat sich als unumstößlich ergeben, daß er, wenn er gekauft wäre, die Internationale und die gesamte Sache der Freiheit nicht schlimmer kompromittiren konnte als er gethan. Es wird hierbei noch ganz abgesehen von seiner Privatverlogenheit (die sich unter Andern darin manifestirt, daß er im westlichen Europa seit Jahr und Tag gegen das Marx-Engels'sche „Communistische Manifest“ als die Ausgeburt eines freisinnig deutschen Autoritarismus lobpreist, während er in seiner russischen Zeitschrift sich für den Verfasser des Manifestes ausgiebt; siehe Seite 89 der Broschüre); es wird ferner noch davon abgesehen, daß er durch seine übertriebenen Phrasen, wie: „Das Ziel des Sozialismus sei „viel arbeiten und wenig konsumiren“ (Seite 88), die heillosste Verwirrung unter Nichtdenkenden anrichten kann; man kann auch darüber lachen, daß seine Programme und Statuten die verpönte

Doktrin des „Autoritarismus“ in deren schärfster Zuspitzung enthalten und daß der große Held jedesmal, wenn er an die „Abkündigung des Staats“ mittels eines Dekretes gehen will, vor einem Bataillon Soldaten ausreißt (wie zuletzt 1870 in Lyon); — dies Alles, wie gesagt, könnte man noch als nebensächlich betrachten. Bedenklich aber wird die Narrtheit und der Schwindel, wenn der pandestructive (Alles zerstörende) und nihilistische Phantast so weit geht, seinen Geheimbündlern den Mordanschlag programm- und statutenmäßig vorzuschreiben (Seite 87 und anderwärts), und zwar nicht bloß den Mordanschlag gegen notorische Feinde, sondern auch gegen Solche, die aus dem Geheimbund austreten wollen. Die Ermordung Ivanoff's durch den elenden Rettschajeff ist lediglich auf Bakunin's Conto zu schreiben. Die Bakunisten und der „Neue Sozialdemokrat“ (der seit länger denn einem Jahre den „braven Freund des Allgem. dtsch. Arb.-vereins“, Bakunin, als Trunpfs gegen Marx und Genossen auszuspielen versucht) mögen sagen, was sie wollen — sie werden die langen Artikel aus der Zeitschrift „Narodnaia Voprava“ (Volksgericht), welche in der vorliegenden Broschüre zum ersten Mal aus dem Russischen übersetzt worden, nicht verläugnen können. — Es muß hierbei bemerkt werden, daß der russische Bakunin sich bei näherer Prüfung ganz verschieden von dem westeuropäischen herausstellt; in der Gestalt des Letzteren nämlich preist er der studirenden Jugend die Bildung an, in russischer Sprache dagegen empfindet er dagegen die rückwärts- und ausnahmslose Betretung alles dessen, was man heute Zivilisation nennt. — Nur die geringe Kenntniß, die man in Westeuropa vom Russischen besitzt, hat es ermöglicht, daß jene spitzbüßische Doppelfigur Bakunin's bisher so wenig bekannt wurde. Das Verdienst der vorliegenden Broschüre ist es, diesem Kenntnismangel einigermaßen abzuhelfen.

Bei dem beschränkten Raum dieses Blattes ist es natürlich nicht möglich, hier die ganze Geschichte der Geheimgesellschaft „Allianz“, namentlich in der Schweiz, in Italien, Frankreich und Spanien (Seite 15—49) auch nur skizzirt wiederzugeben. Wir müssen vielmehr den Leser in dieser Beziehung auf die Broschüre selber verweisen, welche wahrscheinlich nächstens im Trade'schen Verlag in autorisierter deutscher Uebersetzung erscheinen wird. Zur Aufklärung der öffentlichen Meinung wird es vorberhand genügen, wenn wir an dieser Stelle das Kapitel II der Broschüre — „Die geheime Allianz“ — stellenweise wiedergeben, dann aus Kapitel VIII der „Prozess Rettschajeff“ und den „Revolutionären Kathedersozialismus“. Aus diesen wenigen Auszügen schon wird Jedermann die Wichtigkeit der Londoner Schrift begreifen. Indes sei hier bereits für Interessenten darauf hingewiesen, daß unter den Belegstücken der Broschüre sich auch die vollständigen Statuten des Geheimbundes befinden — nach den tollsten Nachwerken, die aus den Verschwörungen früherer Zeiten bekannt sind —, ferner das panslawistische Manifest Bakunin's, sowie eine Schilderung der vielberühmten „Flucht“ aus Sibirien. Man muß das Alles selber lesen, um sich von dem sonst räthselhaften Wirkungskreise des Mannes eine Vorstellung zu machen, der unzählige, sonst verständige Leute jahrelang in ungläublicher Weise dupirt hat, der einem menschenkenntnißreichen Diplomaten wie Barnhagen imponirt, einen seiner Weltmann wie den gelehrten Minister Arago seinen „Freund“ genannt und einen Enthusiasten der „Ordnung“ wie Castelar bis zur begeisterten Bewunderung entzückt hat.

Zur Erwiderung.

Einen Fortschritt in den Reihen des Kathedersozialismus nennt der Verfasser der Leitartikel in Nr. 83 und 84 des „Volksstaat“ die Darlegungen des Prof. v. Scheel in einem Vortrag über die soziale Frage. Der Mitarbeiter des „Volksstaat“ bezeichnet die Broschüre als einen entscheidenden Bruch des Herrn Professors mit dem bisherigen offiziellen und offiziösen Kathedersozialismus; auf diesen Punkt — Leugnung der Harmonietheorie — angelangt, verliere der Kathedersozialismus seine Hoffbarkeit.

Nun aber sind die Folgerungen, die aus der Haltung des Herrn v. Scheel für den Kathedersozialismus gezogen werden, falsch, weil die Voraussetzung eine falsche ist; würde es aber auch erlaubt sein, von dem Berner Professor auf die Stellung jener Gruppe von Männern zurückzuschließen, die seit dem vorjährigen Tage von Eisenach selbst die Bezeichnung Kathedersozialismus acceptirt haben, so wären keineswegs die Schlüsse berechtigt, die im „Volksstaat“ gezogen worden sind. Dies will ich hier in aller Kürze erweisen.

Die Voraussetzung, sage ich, ist falsch; nämlich die, daß Herr Professor v. Scheel Kathedersozialist sei. Er hat in keiner Weise sich an den Eisenacher Besprechungen betheilig, war nicht in Eisenach und hat weder an den vorhergehenden noch nachfolgenden Arbeiten Antheil genommen. Zum Ueberflus hat Herr v. Scheel vor einiger Zeit in der „Gegenwart“ ausdrücklich erklärt, daß er mit den Kathedersozialisten nicht zusammengehöre, vielmehr in wesentlichen Punkten von ihnen abweiche.

Die Schlüsse, die aus der Scheel'schen Brochure gezogen worden, sind aber an sich nicht berechtigt. Dies zu beweisen, genügt es, einige andere Arbeiten des Herrn Professors anzuführen. Herr v. Scheel hat außer den anderthalb Bogen über „die soziale Frage“ schon vor 2 Jahren eine größere Schrift: Die Theorie der sozialen Frage (Jena, Wauke) veröffentlicht, in der er seine Anschauungen ausführlich entwickelt, ohne sie in dem neuen Vortrage zu verändern. In der „Theorie der sozialen Frage“ heißt es Seite 63: „Sie (die Sozialdemokraten) wollen den jetzt gedrückten, arbeitenden Klassen zur politischen Herrschaft verhelfen zum Zweck der Durchführung wirtschaftlicher Organisationen, welche die Freiheit und Gleichheit auch auf diesem Gebiete sichern sollen. Sie wollen also

die Unterwerfung der politischen Gesellschaft durch die wirtschaftliche nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der schließlichen sozialen Harmonie. Aber dieses Mittel — der Grundgedanke der Sozialdemokratie — ist der modernen Entwicklungsidee ebenso widersprechend, wie der Zustand selbst, der es beseitigen will. Ein Recht der arbeitenden Klassen auf die Herrschaft ließe sich immer nur als ein Nothrecht denken, gegenüber der Gefährdung des gesellschaftlichen Gleichgewichts, welche darin liegt, daß die jetzige wirtschaftliche Entwicklung nicht zur wirtschaftlichen, sondern in deren Gefolge auch zur politischen Unterwerfung der Schwächeren führen muß. Auf ein solches Nothrecht aber einen dauernden Zustand begründen zu wollen, schließt ein enormes Risiko für die Gesellschaft ein, und wenn es irgend einen andern Weg zur Erreichung des Endzieles giebt, so muß dieser vorerst untersucht und erprobt werden.“ Ferner Seite 155: „Es würde also (um das Prinzip der Gleichheit und Freiheit allseitig durchzuführen) eine Staatsgewalt nötig sein, welche das Prinzip der Freiheit und Gleichheit, zu dessen Ausführung sie berufen ist, schon in sich trägt.“ Ganz gut, aber dennoch heißt es gleich dahinter Seite 156: „Und doch muß mit Hilfe der jetzigen Staatsformen die soziale Frage gelöst werden. Wir haben weder einen Grund, eine gewaltthätige Unterbrechung der politischen Entwicklung herbeizuwünschen, da wir diese in den modernen germanischen und romanischen Kulturstaaten auf die Entfaltung der Freiheit und Gleichheit unverweilt hindrängen sehen, wobei die äußere Form der Regierungsgewalt eine untergeordnete Rolle spielt; noch ist bis jetzt gezeigt worden, in welche andere Bahnen dieselbe (wohl die politische Entwicklung) einlenken sollte, um die Kulturbedingungen besser zu sichern.“ Man sieht deutlich, daß der Verfasser die jetzt herrschenden Gewalten als befugt zur Lösung der sozialen Frage ansieht. Der Wolf soll für die Schafe, die er zum Fressen lieb hat, sorgen. Kein Wunder, wenn Theorien, die unstreitig die soziale Frage in ihrem Kern und gründlicher packen, als es von dem Kathedersozialismus geschieht, von den Wölfen genau beachtet, sogar protegirt werden, da diese sehen, daß für sie selbst durch die zugleich vorgeklagene „Lösung“ keine ernstliche Schädigung erwachsen kann. So hat denn die Bismarck'sche „Nordd. Allg. Ztg.“ sogleich nach Erscheinen der „Theorie der sozialen Frage“ im November 1871 dem Buche drei Leitartikel gewidmet und es wegen seiner „Naren, wissenschaftlichen, von jeder Parteineigung freien Weise“ warm empfohlen, und Herr R. Meyer in der Wagener'schen „Berliner Revue“ hat sich dem angeschlossen.

Ich möchte nicht in den Fehler verfallen, zu viel zu schließen; dennoch kann ich nicht unterlassen, auf eine Abhandlung über „Unsere sozial-politischen Parteien“ in der Zeitschrift: „Unsere Zeit“ (1. August d. J.) hinzuweisen. Da wird (S. 178) Herr von Schweiger als Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins kurz, aber recht ausgiebig gerühmt und nur gerühmt; als Unterschied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein wird nur „eine etwas abweichende Organisation“ angegeben, da wird gesagt, das Auseinandergehen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen sei „wohl wesentlich in persönlichen Differenzen der Führer motivirt“. Kein Wort von dem intimen Zusammengehen Schweiger's und seiner langjährigen Vertrauten mit der Bismarck'schen Richtung ist da zu sehen; die Enthüllungen Tölde's im vorjährigen Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins (aus denen ja der „Volksstaat“ Auszüge gegeben) und die sonstigen Enthüllungen bleiben ganz bei Seite, als existirten sie nicht, und doch kennt der Verfasser sie sehr wohl, er verfolgt die Arbeiterbewegung sorgfältig; denn der Verfasser nennt sich zwar nicht, es ist aber unweifelhaft kein Anderer als Herr Prof. v. Scheel. Die Aufsätze über „unsere sozialpolitischen Parteien“ sind sehr eingehend; es sind ihrer drei, jeder von beträchtlicher Länge; man gewinnt sonst aus ihnen aber die sozialen Vorgänge eine klare Vorstellung, nur wo der Verfasser von der „Eisenacher Partei“ spricht, giebt er allein die nackte Thatsache der Entstehung dieser Partei, schweigt aber völlig über die — schwerwiegenden — Motive, weshalb 1869 ein Arbeiterkongress und die Bildung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattfand. Reden konnte der Verfasser, er ist Sachkenner, — warum wollte er nicht sprechen?

Hier schließe ich diese Erwiderung. Ich glaube bewiesen zu haben, was ich beweisen wollte: 1) Aus der Haltung des Herrn v. Scheel folgt Nichts für die Stellung der Kathedersozialisten. 2) Die Anschauungen des Prof. v. Scheel bezeichnen keinen entscheidenden Bruch mit dem bisherigen offiziellen und offiziösen Kathedersozialismus. Der Kathedersozialismus, wenn er auf dem Scheel'schen Standpunkt ankommt, hat die „Hoffbarkeit“ nicht verloren.

Politische Uebersicht.

— Wenn das Ausflappern bei den politischen Waschweibern nur erst angefangen hat, dann kommen Dinge zu Tage, von denen sich sonst ein guter Patriot und deutscher Michel gar nichts träumen ließ. Ein fortschrittliches Berliner Blatt, der „Börsenkurier“, macht zu den Enthüllungen Lamarmora's über Bismarck nachstehende ergänzende Mittheilung:

„Nicht geringes Aufsehen dürfte Lamarmora's Depesche vom 19. Juni 1866 erregen, durch welche die „chronique scandaleuse superieure“ (die Standalgeschichte der „vornehmen“ Kreise) um ein Kapitalblatt bereichert wird. Der Depesche zufolge soll Grammont von einem Briefe Kenntniß erhalten haben, welchen die

Königin von Preußen an den österreichischen Kaiser geschrieben habe und worin sie ihn versichert, der König von Preußen habe ihr sein Wort darauf gegeben, daß kein eigentlicher Vertrag zwischen Preußen und Italien bestünde und daß, wenn Italien Oesterreich angreife, Preußen nicht verbunden sei, ihm zu folgen. So viel wir zu wissen glauben, dürfte hier eben eine Personenverwechslung vorliegen. Schon im Jahre 1866 erzählte man sich von Briefen der Königin-Witwe an den Kaiser und die Erzherzogin Sophie, deren Inhalt dem in jener Depeche erwähnten ziemlich entsprach. Mit diesen Briefen hat es eine sehr pikante Bewandniß, die wir jedoch zu enthüllen keinen Verus haben; vielleicht findet sich auch hierfür noch ein Diplomat, der diese Lücke in der inneren Geschichte des Jahres 1866 ausfüllt.

Raum hat das Berliner Blatt angedeutet, daß die fürstlichen Tanten und Basen in der heutigen Politik eine große Rolle spielen, so kommt die „Neue Freie Presse“ und erklärt uns, was es mit dieser „pikanten Bewandniß“ auf sich habe.

Sie könne, schreibt das Wiener Blatt, als beglaubigte Thatsache mittheilen, daß Bismarck, um jeden Versuch der Friedensstiftung zu hintertreiben, sämtliche Briefe von Mitgliedern der preussischen Königsfamilie an Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses zurückgehalten und sie erst nach dem Kriege den Abendern zurückgestellt habe. „Der Minister spielte um den Kopf,“ sagt die „N. Fr. Pr.“ hinzu. Er selbst hat eingestanden, daß er während der Schlacht bei Königgrätz ein geladenes Pistol bereit hielt, um sich im wiederholt drohenden Falle einer preussischen Niederlage eine Kugel durch den Kopf zu jagen.

Wir können natürlich die Richtigkeit dieser Mittheilung nicht verbürgen; es läßt sich aber nicht bestreiten, daß die dem damaligen preussischen Ministerpräsidenten, jetzigen deutschen Reichskanzler hier zur Last gelegte Handlungsweise vollkommen im Einklang mit dessen staatsmännischer Theorie und Praxis stehen würde. Wie die Lobredner und Verteidiger unserer heutigen Zustände den von dieser Theorie und Praxis gerissenen Schleier wieder zusammenflicken, wie unsere Richter es mit ihrem Gewissen vereinigen werden, Personen, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie der nämlichen Theorie und Praxis gehuldigt, wie der Gründer des „Neuen deutschen Reichs“, zu schweren, zum Theil entehrenden Strafen zu verurtheilen, das überlassen wir ruhig den Betreffenden. Das Gewissen der Menschen, sagte schon der alte Robert Owen, ist ein Fabrikat, das sich, gleich Baumwollenwaaren, beliebig in jeder Farbe und Gestalt herstellen läßt. Mit dem Trost: „Er war doch ein schlauer Patron und hat sein Spiel gewonnen!“ wird das Bad der gesinnungslosen Erfolgshandwerker leicht über die unerhörte Blamage hinwegsetzen. Aber war „er“ denn wirklich ein so schlimmer Patron? Wir möchten es sehr stark bezweifeln. Zugegeben, mit der Politik habe die Moral nichts zu schaffen —, und mit dem, was man heut unter Politik versteht, hat sie auch nichts zu schaffen —; zugegeben, für die Politik gelien bloß Zweckmäßigkeitserwägungen, — war es „zweckmäßig“ von Bismarck, daß er der italienischen Diplomatie all seine Geheimnisse ausplauderte, daß er sich durch seine Redseligkeit, insbesondere durch seine unsäglich kompromittirenden Äußerungen über König Wilhelm in die Gewalt seiner Bundesgenossen lieferte? War es „zweckmäßig“, sich der Gefahr einer so beispiellosen Blamage auszusetzen, wie sie jetzt wirklich erfolgt ist? — Kurz, die „Moral“ wollen wir dem Helden der Lamarmora'schen Enthüllungen schenken; daß er ebenfowenig Herr gewesen über seine Zunge, so klümperhaft gegen die erste diplomatische Regel verstoßen hat, das verzeihen wir nicht dem „genialen Staatsmann.“

„Regelung der Arbeiterverhältnisse“, so lautet das Feldgeschrei, welches die Bourgeoisie sich gewählt hat. Was sie darunter versteht, ist klar: sie wünscht eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterklasse, wie wir dies bei der mehrfachen Besprechung der Gewerbeordnungs-Novelle in diesen Blättern verschiedentlich klargestellt haben. Das Kleinbürgerthum, welches nicht anerkennt, daß es einem mit Naturnothwendigkeit sich vollziehenden Auflösungsprozeß anheimfällt, klammert sich ängstlich an die Bourgeoisie an und glaubt durch die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterklasse gegen seine Hinabstufung in das Proletariat geschützt zu werden. So haben 29 württembergische Gewerbevereine sich an den Reichstag gewendet und verlangen von demselben ganz im Sinne der Bourgeoisie „Regelung der Arbeiterverhältnisse“, indem sie ausdrücklich erwähnen, daß sie sich einer ähulichen Eingabe des Vereins der Maschinenfabrikanten, Eisenziehmaschinen- und Hüttenwerkbefitzer und so weiter anschließen. In der Eingabe der Gewerbevereine findet sich folgende Stelle:

„Der Fabrikant wie der Handwerker weiß, daß das Wohl des Arbeiters ungetrenntlich ist mit der gesunden Entwicklung der Industrie, er mußte in den letzten Jahren aber die Erfahrung machen, daß es auf Seite der Arbeiter oftmals an der richtigen Einsicht über die Produktionsverhältnisse fehlte und durch die Ausartungen in den Bestrebungen der Arbeitermassen, welche zu den verwerflichen Arbeitseinstellungen geführt haben, große Verluste veranlaßt worden sind.“

Wie früher die Pfaffen, wenn sie ein Land eroberten, „im Namen Gottes“ und „zur Erlösung der Menschheit“ hantirten, brannten und mordeten, so reden heute die Bourgeois und bornirte Kleinbürger von einer „gesunden Industrie“, wenn es gilt, die Arbeiter zu knebeln. Im Uebrigen scheint ein „Petitionssturm“ an den Reichstag zu Gunsten der Gewerbeordnungs-Novelle bevorzustehen. Nun, der Reichstag wird weder die Patrioten noch die Bourgeois im Stiche lassen!

Zu Genf hat am 8. September der Congress der Internationalen Arbeiterassoziation seinen Anfang genommen. Bevor wir nähere Mittheilungen bringen, bemerken wir nur, daß beschlossen wurde, künftighin nur alle zwei Jahre einen Congress abzuhalten. Der nächste Congress wird in Zürich abgehalten; der Sitz des Generalrats ist in Newyork verblieben. Aus Deutschland war Durchhardt (Stuttgart) am dem Congress anwesend.

Der „Frankfurter Beobachter“ hat aus Genf nachstehende Zuschrift erhalten:

„Als Kuriosum aus dem hier tagenden Congress der internationalen Arbeiterassoziation ist zu bemerken, daß die Arbeiterdelegirten in ihren Anreden sich mit besonderer Vorliebe des alten republikanischen Titels „Bürger (Bürgerdelegirte u.)“ bedienen, ein Umstand, welcher bei der tragikomischen Aversion unserer deutschen Sozialdemokraten gegen diese unschuldige Bezeichnung wohl ein Räthsel hervorrufen darf. Vielleicht sind diejenigen Mitglieder der „Internationalen“, deren Einsicht nicht durch ihren Parteieifer überflügelt wird, im Widerspruch mit unseren „Bürgerfressern“ der Meinung, daß jener verhasste Name sowohl hinsichtlich des Wohlklangs wie auch insbesondere seiner Bedeutung nach dem Ehrentitel „Proletarier“ (was auf Deutsch nichts Anderes als Lump bedeutet) doch noch vorzuziehen ist.“

Der „Braunschweiger Volksfreund“ klagt den Correspondenten wie folgt auf:

„Wir bemerken hierzu, daß die Delegirten des Congresses einander citoyen (Staatsbürger), nicht aber bourgeois, wie der betreffende Correspondent entweder irrthümlich annimmt, oder seinen Lesern weiß zu machen sucht, hin und wieder anreden. Diese Anrede citoyen ist unter den französischen Revolutionären eine allerdings sehr übliche, hat aber mit der deutschen Bedeutung des Wortes „Bürger“ durchaus Nichts gemein, sondern entstammt der revolutionären Tradition und bezeichnet Denjenigen, der die Lehre der staatsbürgerlichen Gleichheit anerkennt. Was das Wort „Proletarier“ andeutet, so bedeutet dasselbe nicht einen „Lump“ sondern einen armen Menschen, der vorzüglich dem Staate dadurch dient, daß er Nachkommenschaft erzeugt. Lumpen giebt es bekanntlich in allen Kreisen der Gesellschaft, während unter der stillschweigenden Voraussetzung der Bourgeoisie-Ökonomie eine Hauptaufgabe des Arbeiters darin besteht, durch Hinderverzögerung für die notwendige Arbeitskraft der künftigen Arbeiter-Ausbeutungs-Generation zu sorgen. Auch wir halten es für lächerlich, wenn deutsche Arbeiter in blinder Nachahmung der französischen Revolutionäre das der Mißdeutung ausgesetzte Wort „Bürger“, worunter man bei uns einen Spieß- oder Maßbürger versteht, gebrauchen. Uebrigens wollen wir zur Behebung des französischen Correspondenten noch ausdrücklich erwähnen, daß die Hauptanrede unter den Internationalen nicht citoyen (Staatsbürger), sondern compagnon (Kollege, Kamerad, Parteigenosse) ist. Auf dem vorjährigen Hager Congress war die Anrede compagnon die fast ausschließliche.“

Der bisherige Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, S. Kotsky, ist vom Kreisgericht zu Braunschweig wegen „Beleidigung“ eines Lehrers mit einer Geldstrafe von 30 Thalern bestraft.

„Arbeiter-Börse.“

„Abgeschmackte Gesehmacherei“ wurden auf dem vorjährigen Mainzer Congress die Anträge genannt, die bezweckten, Ordnung und Einheit in die Parteipresse zu bringen. Seien wir an Stelle des Wortes „Gesehmacherei“ das Wort Projectmacherei, so haben wir, glaube ich, die richtige Bezeichnung für die in letzter Nr. des „Volksstaat“ in einem Abdruck aus dem Dr. Volkboten zur Sprache gebrachte beabsichtigte Gründung einer „Arbeiter-Börse“ die durch einen, in drei Monaten einzuberufenden Handwerkerkongress aller Länder“ (ist's Preußenland? ist's Sachsenland?) ins Leben gerufen werden soll, und — wobei „Specialitäten“ (?) gütigst der „internationalen Maurer- und Zimmerergewerkschaft“ überwiesen werden sollen.

Wenn solche Ungeheuerlichkeiten, von einer enthusiastischen Arbeiterversammlung beschlossen werden, die über die Freude an dem Handwerkerkongress „aller Länder“ und über den pompösen Namen „Arbeiter-Börse“ vergißt, daß — abgesehen von dem Widerstand, (um nicht ein bezeichneres sinniges Wort zu gebrauchen) — der in der beabsichtigten Gründung liegt, weder das Eine noch das Andere sich aus dem Boden stampfen läßt, so ist das zu erklären. Auch noch, daß ein Volksblatt derartige Resolutionen abdruckt, ohne der eigenen Ansicht darüber Ausdruck zu geben. Wenn aber selbst die Redaction des „Volksstaat“ nicht einmal ein (?) oder (!) dafür hat, so ist Gefahr vorhanden, daß das Schemen anfängt Gestalt zu gewinnen, „Projectmacherei“ und „Gründerei“ auch auf andere Kreise ansetzend wirkt, daß Zeit und Kräfte nutzlos geopfert, dazu andern, besseren Zwecken entzogen werden, um die Berge kreisen, und eine Maus gebären zu lassen. Dagegen muß ganz entschieden Front gemacht werden.“

Mache man sich doch keine Illusionen über den in drei Monaten einzuberufenden Handwerkerkongress „aller Länder.“ Wir fragen ganz einfach: Wer wird denn einem solchen zu erlassenden Aufruf Folge geben, selbst wenn der zu überweisenden „Specialitäten“ halber der Anschluß der Maurer- und Zimmerergewerkschaft (zur Zeit in Braunschweig) sich veranlaßt fühlen sollte, auf das Projekt einzugehen, wofür uns aber der gesunde Verstand der gegenwärtigen Gewerkschafts-Verwaltung wohl bewahren wird.

Wie fragen: wer würde dem Aufruf Folge leisten? Niemand, denn die frühere Verwaltung der Maurer- und Zimmerergewerkschaft, die Herren Knof und Gähler an der Spitze, hat es gründlich verstanden, die Gewerkschaft so gut geleitet und organisiert, daß ganz etwas Anderes als der Aufruf zu einem Handwerkerkongress „aller Länder“ nothwendig ist, damit dieselbe nur erst wieder in Aufschwung kommt. Verwunderlich ist es nur, daß nun, obgleich unter der Verwaltung der Herren Knof und Gähler absolut Nichts gethan und die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer, die vor einigen Jahren recht gut dastand, desorganisiert wurde, zu aller unpassendsten Zeit die Bauarbeiter „aller Länder“ Delegirte nach Dresden senden sollen, während seit Jahr und Tag die Bauarbeiter in Deutschland in der nächsten Nähe Dresdens ganz ruhig sich selbst überlassen wurden und nicht der geringste Versuch gemacht wurde, die Gewerkschaft als Centralpunkt der Agitation zu heben und zu kräftigen.

Aber nun fragen wir weiter: wozu soll das führen, wenn einzelne Personen oder Orte ganz nach Belieben, unbestimmt darum, ob derartige Experimente Aussicht auf Erfolg haben oder nicht, mit solchen Projekten das Gesamtinteresse der bestehenden Gewerkschaften schädigen können, Dresden mit seinem Handwerkerkongress und Arbeiterbörse-Projekt und ein anderer Ort von einem andern Gründungsschwindel befallen wird? Das würde eine frische, fröhliche Gründerei und Projectmacherei abgeben, damit einige Konfusions-Räthe Gelegenheit hätten, ihr Licht leuchten zu lassen. — Weiter hat es keinen Zweck.

Wir wollen den Dresdener Bauhandwerkern eventuell Herrn Knof und Gähler, die ja plötzlich eine Anwandlung zu agitatorischer Thätigkeit überkommen zu sein scheint, ein besseres Projekt vorlegen, und empfehlen durch Ausführung desselben, das gut zu machen, was unter dem Vorort Dresden an der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer vernachlässigt worden ist.

Anstatt des, schon jetzt als in's Wasser gefallenen Bauhandwerkerkongress aller Länder, und der, noch vor der Gründung der hirsenträdeligen „Arbeiter-Börse“ (Schade um dieses

*) Nur nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir drücken den ganz objektiven Bericht des „Dresdener Volkboten“ auf besonderes Ansehen der Dresdener Bauhandwerker ab und bedanken uns vor, in dieser oder in der nächsten Nummer des „Volksstaat“ uns über solche Experimente auszusprechen. Da wir in diesem Zweck erst nachschlagen wollten, was Marx in seinem „achtzehnten Brumaire“ über Lauscha, Agitationen u. s. w. schreibt, um auch geschichtliche Beweise für die Haltlosigkeit solcher Experimente beizubringen, so kommt obenstehender Artikel und zuvor. Red. d. B.

kostbare dem Tode geweihte Wort) gründe man ein Agitation-Comité, welches die Aufgabe hat, an allen Orten Sachsen's Bauarbeiter zu organisiren und der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer zuzuführen. Und wenn man dieser Aufgabe gewachsen ist, und einige Tausend Bauarbeiter in Sachsen fest organisiert und disciplinirt der Central-Gewerkschaft zugeführt hat, dann, aber nicht eher wollen wir zwar nicht von der Gründung einer „Arbeiter-Börse“, oder von dem grandiosen Allerweltprojekt, aber doch von einem deutschen Bauhandwerkertag sprechen.

Warum denn in die Ferne schweifen wo das Gute so nah liegt, warum denn mit utopistischen Gründungen schwanger gehen so lange man das Praktische und Ausführbare in nächster Nähe zu thun unterlassen hat?

Ein Gewerkschaftler, der Etwas von der Sache zu verstehen glaubt.

Junere Partei-, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Laut § 9 der Organisation muß über nachstehende Congressbeschlüsse eine Urabstimmung erfolgen:

1. Dem § 16 der Organisation folgende Fassung zu geben: „Der Sitz des Ausschusses kann, wenn Letzterer seiner Pflichten nachgekommen, wieder gewählt werden, doch darf sich derselbe nie länger als zwei aufeinanderfolgende Jahre an ein und demselben Orte befinden;“
2. daß für die Zukunft eine Ermäßigung der Parteistimmen unter 1 Sgr. pro Monat nicht mehr gestattet sein möge.

Die Vertrauensmänner werden deshalb hierdurch aufgefordert behufs Vornahme der Urabstimmung in kürzester Zeit eine geschlossene Mitgliederversammlung einzuberufen.

Die Abstimmung über beide Punkte muß getrennt vorgenommen werden.

Das Resultat der Abstimmung ist bis spätestens den 10. Oktober an den Secretär des Ausschusses einzufenden, und muß ganz speciell angegeben sein, wie viele der anwesenden Mitglieder bei der Abstimmung über jeden der beiden Punkte mit Ja, v. h. für die Annahme, und wie viele mit Nein, d. h. für Nichtannahme gestimmt haben.

Abstimmungsergebnisse, in welchen die Zahl der für oder wider abgegebenen Stimmen nicht genau angegeben ist, also die ohne Angabe der Zahl der Stimmen in der beliebigen Weise: „einstimmig angenommen“ oder „einstimmig abgelehnt“ lauten, sind ungiltig.

Hamburg, den 8. September 1873.
Der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Aufforderung.

Die Parteigenossen aller Orte werden hierdurch aufgefordert die nach § 5 der Geschäftsordnung neu zu ernennenden Vertrauensmänner unverzüglich in Vorschlag zu bringen, sowie deren genaue Adressen anzugeben.

Hamburg, den 8. September 1873.
Der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Gewerkschaftliches.

Europäische Föderation der Schneidergesellen.

Brüssel, 13. Sept. Am 21. August gegen 2 Uhr Nachmittag wurde der diesjährige Congress zu Lüttich eröffnet, nachdem um 11 Uhr Vormittags die Begrüßung der Delegirten stattgefunden hatte. Zum Vorsitzenden wurde College Pottelberg aus Gand ernannt. In wenigen beifällig aufgenommenen Worten erklärte derselbe den Nutzen der Föderation. Der Schriftführer erstattete sodann Bericht über die Verhandlungen des vorletzten Congresses vom 9. März und gab die Namen der anwesenden Delegirten sowie einige eingelaufene Glückwunschsadressen bekannt. Als erster Gegenstand der Tagesordnung gelangte das Föderal-Reglement zur Besprechung und wurde dasselbe mit etlichen Abänderungen einstimmig angenommen. Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war: Die Lage der arbeitenden Klassen und Vorschläge zur Verbesserung. Nachdem verschiedene auch vom Auslande zu diesem Thema eingegangene Anträge gründlich besprochen worden waren nahm der Congress folgende Resolutionen einstimmig an:

- 1) Abschaffung des Anprobirens für die Sticker, d. h. die Herren Meister sollen verpflichtet sein, diese Arbeit von der sogenannten Pompe besorgen zu lassen, so daß der Sticker ungenirt durch das Anprobiren, sein Stüd gleich fertig machen kann.
- 2) Die Arbeit der Werkstätte wird per Stunde bezahlt mit Zulage für die Sonntagsarbeit.

Der Congress wünscht bald zu sehen, daß alle Vereine der Schneidergesellen sich der europäischen Föderation der Schneidergesellen anschließen und fordern dieselben auf, zum Zweck des allgemeinen Wohles der arbeitenden Klasse mit den Schneidermeistern in Unterhandlung zu treten, um die oben angegebenen Bedingungen zu erreichen.

Zum Reglement fügt der Congress folgende Artikel hinzu:

- 1) Jede Stadt ist angehalten, wenn sie vorgehen will, die drei Monate vor dem Congress dem Correspondenten am Congressorte bekannt zu machen, damit die Sache in Erwägung gezogen werden kann.
- 2) Hat jedoch eine Stadt triftige Gründe, welche sie zwingen schleunig vorzugehen, so kann sie sich an alle Mitgliedschaften wenden.

3) Alle Städte verpflichten sich, die Mitglieder zu beschützen die den Aufenthaltswort wechseln und ihre Karte in Ordnung haben. Folgenden Vorschlag hat der Congress angenommen:

- 1) die Föderation verpflichtet sich, mit allen möglichen Mitteln den Mitgliedern zu Hilfe zu kommen, welche ein Opfer ihrer Agitation für die gemeinsame Sache geworden sind.

Der nächste Congress wird nach Gand in Belgien in den Monaten Juli verlegt.

Alle Correspondenzen für die Föderation sind jetzt zu adressiren an J. van Pottelberg, 61, rue de Phenix, in Gand.

Der Congress hat beschlossen, vorläufig von den Funktionen eines Generalsecretärs abzusehen und sind deshalb die Mitgliedschaften gebeten, die Adresse der Föderation zu beachten, um unter einander correspondiren zu können.

Der Congress ward gegen 7 Uhr geschlossen.

Im Namen des Congresses Gruß und Brüderlichkeit!
E. Zegele.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Chemnitz, 14. Sept. Da mit Ende September das III. Quartal fällig wird, so ersuche ich alle Bediensteten unbedingst (und zwar durch besondere diesmal ausnahmsweise) darauf zu sehen, daß die Abrechnungen schon am 10. October in den Händen des Hauptkassiers Herrn Friedr. Fischer, Augustusburgerstr. 54B sich befinden, da sofort nach erfolgter Bekanntmachung der Abrechnung der Ausschuss nach Braunschweig übersiedeln wird. Gleichzeitig mache ich nochmals ganz besonders darauf aufmerksam, daß Gelder nur an den Hauptkassier zu senden sind. Die süddeutschen Kollegen ersuche ich besonders, das Geld nur durch Postanweisung zu senden, da abgesehen von der Erparung an Porto, noch extra ein Verlust entsteht durch das Umwecheln, wenn sie das Geld in Briefe einlegen.

Um vielseitigen Anfragen genüge zu leisten, gebe ich bekannt, daß das Protokoll von der Generalversammlung zu Gotha in den nächsten Nummern des „Volkstaat“ veröffentlicht wird.

Gleichzeitig gebe ich den Mitgliedschaften die Wahl des neuen Ausschusses zu Braunschweig bekannt:

E. Ludolph, Vorsitzender, Stecherstr. No. 20 2 Tr., S. Ebelina, Stellvertreter, F. Numme, Geschäftsführer, alte Waage No. 6, E. Beck, Hauptkassier, Turmstr. No. 8, F. Schlüter, Beisitzer.

Falls nach Verlauf von 8 Tagen kein Widerspruch erhoben wird, sind oben genannte Personen als definitiv gewählt zu betrachten.

Da Nürnberg als Sitz der Controlcommission ernannt wurde, mir aber bis jetzt die Wahl derselben noch nicht bekannt gegeben worden ist, so ersuche ich die Mitgliedschaft zu Nürnberg, so bald als möglich die Wahl derselben vorzunehmen und anher bekannt zu geben.

Weiter folgt hiermit die Bekanntmachung der Beamten der neugegründeten Mitgliedschaften: Für Bamberg: Kuhl, Bevollmächtigter, per Adresse: Schneider Dörstel, Sandbad 1691. Kassierer, Habermann (leider ist mir die Adresse desselben nicht bekannt). Für Halle a. S.: Julius Beyer, Bevollmächtigter, Kl. Sandberg 21 Hof rechts 1 Tr. Kassierer: Joseph Urban, Kleiner Schlamm No. 6.

Weiter ist in Regensburg an Stelle des früheren Bevollmächtigten M. Erndt, Kappelerstr. 46D 3. Stock gewählt, in Pforzheim desgleichen, Franz Ueber, per Adresse: Wilhelm Freyvogel, Marktplatz. In Leipzig wurde an Stelle des früheren Kassierers Georg Lehmann, kleine Fleischergasse No. 11, 2 Tr. gewählt.

Ferner theile ich den Mitgliedern die erfreuliche Nachricht mit, daß in einer der letzten Versammlungen des Fachvereins zu München der Beschluß gefaßt wurde, dem „Allgemeinen Deutschen Schneider-Verein“ beizutreten, (derselbe zählt 100 Mitglieder) und steht derselbe wegen dieser Angelegenheit mit dem Ausschuss in Verbindung!

Nur muthig Vorwärts! Angesporn durch die Münchner Kollegen werden andere Ortschaften nachfolgen. Nur dann erst werden wir die Früchte einer Organisation genießen können, nachdem die größere Masse darin vereint ist.

Mit collegialischem Gruß
Im Auftrage des Ausschusses:
Hermann Beck, Geschäftsführer, Sonnustraße No. 747 1 Tr. per Adresse: Erasmus Willkomm.

Correspondenzen.

Chemnitz, 15. September. Am vergangenen Donnerstag wurde hier eine Frauerversammlung abgehalten, die zwar nicht stark besucht war, die aber doch insofern einen günstigen Verlauf nahm als die Verhandlungen das Interesse der Anwesenden im höchsten Grade in Anspruch nahmen. Die Tagesordnung: Die Behandlung der Frauen und Mädchen in den Fabriken und die Bestimmung des weiblichen Geschlechts“ wurde in erster Linie durch Wolf behandelt. Die „Chemnitzer Freie Presse“ sagt hierüber: „Redner wies vom praktischen Standpunkte aus nach, daß die gemeine Habsucht der Bourgeoisie es ist, welche Frauen und Mädchen demoralisirt; durch den Hungerlohn, welchen sie den Männern bieten, zwingen sie Frauen und Mädchen, in den ungesunden Fabrikträumlichkeiten sich zu opfern, so daß die Familie auseinandergerissen wird und kein eheliches Glück stattfinden kann. Anstatt die Unschuld der Kinder durch aufmerksame Pflege zu erhalten, werben dieselben in den Fabriken einer vollständigen Verwahrlosung preisgegeben, wozu ein Jeder, der in den Fabriken bekannt, überzeugt ist. Es erweist sich als ein wahrer Spott, den in den Fabriken arbeitenden Frauen und Mädchen gegenüber, wenn man Werke herausgibt, wie eine Mutter ihre Kinder zu erziehen hat, Lebens- und Gesundheitsregeln feststellt, unter welchen die Jungfrau ihrer zukünftigen Stellung gerecht werden könne, wenn man dabei an das 14—16stündige Arbeiten in ungesunden Räumlichkeiten, die brutale Behandlung von Seiten der Vorgesetzten und an die ungenügenden Löhne denkt, durch welche das weibliche Geschlecht fast mit Gewalt auf andere Bahnen getrieben wird. Redner erwähnt die Frauen und Mädchen, sich ihrer Lage klar bewußt zu werden, da, wenn ihre Kräfte durch Ausbeutung erlahmen, keine liebende Familie vorhanden ist, welche sie aufnimmt, sondern sie in die Welt hinausgestoßen werden, gleich allen Proletariern, so daß sie ihre alten Tage trotz fleißig vollbrachter Lebenszeit, in Armut und Elend beschließen müssen; sie möchten sich deshalb vereinigen, um ihre Würde der alles vernichtenden Habsucht gegenüber zu wahren. Auf die vom Vorsitzenden an die Versammlung gerichtete Aufforderung, etwaige Gegenansichten laut werden zu lassen, meldete sich, trotz der Anwesenheit manches Aufsehers, Niemand zum Wort und sprachen dann noch Kohleber ergründend über die Behandlung des weiblichen Proletariats in den Fabriken, sowie Walter, betonend, wie die Männer einen großen Theil der Schuld mit tragen, daß die Lage des weiblichen Proletariats eine solche geworden sei, wozu man zur Entschuldigung nur anführen könne, daß der Drang der Verhältnisse die Männer selbst in vollständige Abhängigkeit hineingetrieben habe. Männer und Frauen müßten deshalb in Vereinigung dahin streben, daß es nicht noch schlechter, sondern besser werde. Diesen Ausführungen schloß sich noch Mittheilung in einem längeren, die Verhältnisse klar auseinandergesetzten Bericht an. Alle Redner fanden den Beifall der Versammlung. Eine von einem Mädchen eingebrachte Resolution erklärte, „daß die heutige Produktionsweise und die dabei stattfindende Ausbeutung der Frauen und Mädchen energisch zu bekämpfen ist und deshalb die Frauen und Mädchen die Pflicht haben, sich der Manufakturarbeiterschaft anzuschließen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.“

Reichenbach. Der moderne Liberalismus wirtschaftet sich von Tag zu Tag mehr ab. Die jetzige Landtagswahl hat auch die

beiden hiesigen außer den Sozialdemokraten existierenden Parteien auf die Beine gebracht. Die Konservativen, Amtmann und Pastor an der Spitze, empfehlen den jetzigen, mit der Regierung gehenden und namentlich gegen die confessionlose Schule stimmenden Abgeordneten Bürgermeister in Kirchberg. Darob erbosten unsere Liberalen und stellten gleichfalls einen Candidaten auf und zwar den hiesigen konservativen Bürgermeister, weil derselbe ein bei der Regierung wohl angesehener Mann sei und deshalb für Reichenbach die in Aussicht stehenden Fortschritte — Bahnhofs- und Realschulbau, Hauptsteueramt und dgl. — kräftiger fördern könne. Nach solcher Logik wäre die Vergrößerung einer Stadt besser als die confessionlose Schule und nur für Orte erreichbar, die ihren Mann an den rechten Platz senden. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erklärte in einer Volksversammlung die Wahlenthaltung und erhielt deshalb von demokratisch sein wollenden bittere Vorwürfe, als ob dadurch der Untergang der guten Stadt Reichenbach bevorstehe.

Berlin. Gedankenlosigkeit oder Unverschämtheit? möchte man sich fragen, wenn man eine Berliner Correspondenz im „Hamburger Correspondent“ vom Freitag den 5. v. M. liest. Diese Zeitung bringt nämlich wöchentlich unter dem Titel „Berliner Arbeiterbriefe“ Nachrichten und Betrachtungen über die Arbeiterbewegung in Berlin. Der Verfasser dieser Briefe ist Herr Carl Waldow, eigentlich Tischler jetzt Zeitungsberichterstatler und Literat. Früher war er ein hervorragendes Mitglied der Ortsvereine und der fortschrittlichen politischen Arbeiter-Vereine, und war er besonders wegen der Grobheit berüchtigt, mit der er seine Gegner bekämpfte. Hierfür wurde er auch einst von Herrn Bernstein in der Zeitung für Jedermann u. s. w. als der gebildetste aller Berliner Arbeiter gepriesen. In seiner literarischen Thätigkeit hat er sich auch stets als treuer Anhänger „des Königs im sozialem Reich“ und der Volkszeitung bewährt; wo er konnte suchte er in seinen erwähnten Berichten über die Arbeiterbewegung die Ortsvereine zu lobhadeln und die Sozialdemokratie zu brandmarken. Man muß ihn und jeden anderen Literaten allerdings damit entschuldigen, daß die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins ihnen dieses Handwerk sehr erleichtern. Wenn Herr Waldow Parteimann geblieben, so ist ihm dies gewiß nicht zu verdenken, doch gestattet dies ihm nicht zu lügen. Voller Unwahrheit strotzen aber folgende zwei Sätze in der erwähnten Freitag-Correspondenz. Es muß noch erwähnt werden, daß es sich um den letzten Strich der Weber handelt.

1) Außer dem Hirsch-Dankerschen Ortsverein, der einige hundert Mitglieder zählt (dies ist furchtbar aufgeschwollen und muß richtig Hundert und Einige heißen) war eine Organisation unter den Webern nicht vorhanden.

2) Hatten doch nur die Mitglieder des Hirsch-Dankerschen Ortsvereins eine ausreichende Unterstützung von 2—5 Thalern wöchentlich erhalten, während von den Internationalen und den Hasenclosterschen Sozialdemokraten Niemand unterstützt wurde. Diese beiden Sätze sind schnell zu widerlegen, da fast das Gegentheil des in ihnen Enthaltene wahr ist.

Ad 1. Es existirt nämlich eine Gewerkschaft der Manufakturarbeiter, die besser organisiert ist und hier in Berlin ebensoviel Mitglieder enthält als der Hirsch-Dankersche Ortsverein.

Ad 2. Gehören die sogenannten internationalen Sozialdemokraten, die Weber sind, dieser Gewerkschaft an und wurden von derselben reichlich unterstützt, sie erhielten wöchentlich 3 Thlr.

Es ist kaum anzunehmen, daß Herrn Waldow dieses unbekannt war; derselbe ist nämlich Zeitungsberichterstatler und hat als solcher fast allen Versammlungen der streikenden Weber beigewohnt, und wurde in jeder Versammlung diese Gewerkschaft erwähnt. Bekannt ist außerdem, daß der Gewerkschaft 150 Thlr. von den Buchdruckern gewährt worden sind, und wurde diese Angelegenheit in allen Zeitungen besprochen. Alles dieses weiß Herr Waldow wohl und wiederholen wir unsere Frage: ist dieses Gedankenlosigkeit oder grenzenlose Verlogenheit? In beiden Fällen ist Herr Waldow zu bedauern; auch macht es jenem Hauptorgan des Katheder-Sozialismus wenig Ehre sich von seinem Berichterstatler so dupiren zu lassen und seinen Lesern so entstellte Berichte als wahre Münze aufzutischen.

Königsberg, 16. Sept. In voriger Woche ist Edstein hier zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt, weil er den Redacteur der hiesigen „Nstr. Ztg.“, Otto de Grahl, beleidigt haben soll. Gleich bei Ankunft Edsteins am hiesigen Orte berichteten die beiden hiesigen Zeitungen abwechselnd, daß derselbe ein bestraffter Mensch wäre u. c. Die Absicht ging offenbar dahin, demselben alles Vertrauen Seitens seiner Parteigenossen zu entziehen, so daß Edstein sich hier nicht mehr halten konnte.

Mit heuchlerischen Tiraden über Achtung, die auch dem Gegner zu erweisen wäre — aus solchem Munde ein bedenkliches Lob, daß nur die Eitelkeit darauf hineinfallen konnte — gingen sie jesuitisch auf ihr Ziel los.

Leider gelang ihnen zum großen Theil diese Taktik gegen Edstein. Einige zeigten sich lauer, Andere wollten nicht „die Kasernen für uns aus dem Feuer holen“, betrachteten sich demnach als außerhalb der Partei stehend und als Ausnahmepersonen.

Immerhin haben wir bei dieser Gelegenheit unsere Freunde kennen gelernt und wissen, auf wen wir uns verlassen können, auf wen nicht.

Edstein ist nun in contumaciam ohne Zeugenverhör und ohne daß seinem Antrage auf Verschiebung des Termines Folge geleistet wäre, zu 4 Wochen Haft verurtheilt, in Anbetracht der „Freiheit“ mit der er öffentlich „der Wahrheit ins Gesicht geschlagen“, wie der Staatsanwalt Viento, ein junger Mensch, der diese Volksversammlungen nie besucht, sich ausdrückte — (man scheint hier vorzugsweise junge, strebsame Staatsanwaltschaften gegen politische Personen zu gebrauchen).

Nun, Edstein war vollkommen im Recht, wenn er ein Vergehen, daß er durch 14jährige Strafe gebüßt und durch ein 16jähriges eifriges Streben für die erhabenen Ziele der Menschheit gelüht, verheimlichte Leuten gegenüber, auf deren vorurtheilsfreie Auffassung er nicht rechnen und es wird hier nicht einen Arbeiter geben, der ihm Solches als „Freiheit“ vorwerfen wollte.)

Angesichts eines Verfahrens, welches ihn durch mehrere Nummern zweier Zeitungen als Dieb und Schuft beschimpfte, ihn, dem Verleumdung und Verläumdungen, auf Antrag seiner Verleumder noch zu 4 Wochen Gefängniß zu verurtheilen, weil er solche verstaubte Angriffe nicht mit freudigen Herzen ertragen. — Angesichts solcher Behandlung werden die hiesigen Arbeiter wissen, wie sie sich bei den nächsten Wahlen Edstein gegenüber zu verhalten haben.

Adolf Kadite.

Marburg, 14. Sept. Seit Abhaltung des Arbeitertages am Schlusse vorigen Jahres haben wir hier in Marburg Nichts wieder von uns hören und die hiesigen Phylister ruhig ihrem alten Schlandrian nachzummeln lassen; schon glaubten sie, und das Heft aus den Händen gerissen und uns todt gemacht zu haben; mehrsch konnte man sprechen hören: „Der sozialdemokratische Arbeiter-

verein ist zerplittert und zu Grunde gegangen.“ Und amüsirt dies, denn in Wirklichkeit haben wir in dieser Zeit mehr erzielt, als hätten wir allwöchentlich eine Volksversammlung abgehalten. Wir hatten unser Augenmerk vorzüglich auf die ländliche Bevölkerung gerichtet, und hier ist es, wo wir den Boden sondirt und durch private Agitation einen Keim gelegt, der für die Zukunft von großem Vortheil für uns sein wird; in der Wahlbewegung noch einige öffentliche Versammlungen dort abgehalten und die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung macht Front gegen den Nationalliberalismus, weil sie während der letzten Reichstagsperiode eingesehen hat, was sie erreicht, wenn sie für jene und mit ihnen für das „heilige Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ schwärmt; sie hat eingesehen, daß mit all den Nationalfesten und all den famosen gesellschaftstretenden Reden und Thaten des hohen Reichstages doch nur das wahre Jammerbild der modernen gesellschaftlichen Zustände überleuchtet wird. Das Klassenbewußtsein greift nach und nach Platz unter ihr, mehr wie bei unseren städtischen Arbeitern, die eher zu allem Andern, als zum Denken zu gedrauchen sind. Auf einmal wurde sie aus diesem Siebenschläfertraum durch eine Volksversammlung aufgerüttelt. Tagesordnung:

1. „Hat der Sozialismus eine kulturhistorische Bedeutung?“
2. „Welche Bedeutung hat der Reichstag für das arbeitende Volk?“ Referent: Herr Dr. Walster aus Dresden. Zu Punkt 1. waren insbesondere, da es ein wissenschaftliches Thema war, die Vertreter der Wissenschaft eingeladen. Durch besondere Zwischenfälle war es nicht möglich gewesen, außer einer Annonce, die Bekanntmachung noch durch die Schelle, wie es hier noch Sitte ist, ergehen zu lassen, und so kam es denn, daß die Versammlung schwach besucht war, da die Arbeiter das „Monstrum der Journalistik“, „Oberheffische Zeitung“ genannt, wenig oder gar nicht in die Hand bekommen. In das Bureau wurden Bosniak als Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Parteigenosse Dr. Walster ergriff das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung und behandelte dieses Thema in andertalbstündiger, trefflicher Rede vollständig aus. Zunächst erwähnte er des Einbruchs, den der Sozialismus gegenwärtig überall, wo er auftritt, auf die Gegner mache; alle Hebel würden in Bewegung gesetzt, um diese Bewegung zu unterdrücken. Diese Furcht vor dem Sozialismus entsiehe größtentheils durch die lügenhaften und verläumderischen Berichte der Presse, z. B. die Schilderungen über die Pariser Commune. Der größte Feind jedoch sei die Denksucht der arbeitenden Klassen selbst. Redner entwickelte hierauf an der Hand der Geschichte, daß schon im Alterthum jederzeit und bei allen Völkern soziale Zustände zu finden gewesen seien, wie jederzeit der Ueberlegene seinen Vortheil zur Ausbeutung seiner Mitmenschen benutzte, so im Kirchlichen, wie im Weltlichen; die Schwächeren hätten sich um diese Schaaeren müssen und so sei denn geistliche und weltliche Oberherrschaft entstanden. Wie dann später unter den verschiedenen Volksklassen Vereinigungen zur Wahrung ihrer Rechte entstanden seien, größtentheils noch mangelhaft und mit Egoismus durchzogen. Später sei dann die mächtige Fabel des Sozialismus entzündet, in seinen Lichtstrahlen das große Wort „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ verklärend. Da wäre dann von Neuem der Kampf gegen diese neue Lehre entbrannt; wenn früher nur einzelne Parteien gegen einander ankämpften hätten, so hätte sich hier Alles vereinigt, um gemeinsam den neuen Feind, welcher sich erdreisten wollte, in ihre Vorrechte einzugreifen, zu zerstampfen. Ohnmächtig seien alle diese Versuche bisher gescheitert.

Redner greift sodann in der Geschichte wieder zurück und beweist an den Beispielen früherer mächtiger Staaten, wie das große römische und griechische Reich, da es Reiche der Uebervoortheilung und Ausbeutung gewesen und daher die untern Klassen kein Interesse daran hatten, ein solches Reich zu erhalten und zu unterstützen, daß Alles, was nicht auf der Basis der Solidarität der Interessen beruhe, unbedingt dem allmählichen Verfall preisgegeben sei.

Uebergehend auf die Lehre Jesu charakterisirt Redner das wahre Christenthum als das wieder zu sich selbst kommende Bewußtsein der engsten Zusammengehörigkeit, wie die Lehre Jesu aus Eigennützigkeit gefälscht und entstellt sei; der Sozialismus enthalte in sich das wahre Christenthum.

Zum Schluß bespricht Redner noch die niederträchtige Kampfesweise unserer Gegner; da, wo es falsche und entstellende Berichte zu machen gebe, wären sie gleich dabei, Auge in Auge aber wage Niemand den Kampf aufzunehmen.

Leider mußte Referent seinen Vortrag in Kürze schließen, da der uns überlassene Rathhansaal nur bis 10 Uhr zur Verfügung stand. Bezeichnend ist wieder, daß die Vertreter der Wissenschaft, trotz spezieller Einladung, in großer Abwesenheit glänzten; es ist ja dies das alte Lied: entweder anerkennen sie den Sozialismus und scheuen sich, dies vor der Öffentlichkeit zu bekennen, oder sie sind Gegner des Sozialismus und halten es für unter ihrer Würde, mit Arbeitern über die tiefst-wissenschaftliche und wichtigste Zeitfrage öffentlich zu disputieren.

Samstag, d. 6. ds. Mts., beriefen wir eine öffentliche Mitgliederversammlung ein, in welcher unser Delegirte E. Ch. Schneider über den Kongreß referirte. Die Versammlung war ziemlich zahlreich besucht und ließen sich am Schluß derselben mehrere neue Mitglieder aufnehmen. Mit Befriedigung wurden die Kongreßbeschlüsse von der Versammlung entgegen genommen und allgemein der feste Wille ausgedrückt, ohne Rast und Ruhe zu arbeiten an dem großen Bau der Erlösung des Proletariats aus dem Labyrinth von Knechtschaft, in welches es durch die gesellschaftlichen Zustände versunken ist.

Herr Koch, Herausgeber und Redacteur der oben genannten „Oberheffischen Zeitung“, hätte in dieser Versammlung die günstigste Gelegenheit gehabt, sich von dem wahren Thum und Treiben des sozialdemokratischen Kongresses zu überzeugen, denn an Artikeln über denselben, die er jedenfalls von irgend einem lügenhaften Correspondenten oder aus irgend einem Winkelblättchen geschöpft hat, in welchem Hohn und Spott den Vordergrund bildeten, hat er es nicht fehlen lassen. Freilich, die Wahrheit wollen diese Leute nicht wissen, einsehend, daß sie mit derselben sich selbst ins Gesicht schlagen würden.

Ferner wurde in der Versammlung beschlossen, jetzt unverzüglich in die öffentliche Agitation unter der Landbevölkerung zu treten. Mögen die Parteigenossen allorts darnach streben, gerade diese Klasse des Volkes zu gewinnen. Gerade dies ist es, wozu die Gegner sich am meisten fürchten, wohl wissend, daß, wenn sie die Landbevölkerung verlieren, sie ohnmächtiger sind, als je zuvor. Dies ist der Boden, auf welchen sie sich am Meisten stützen und welcher ihnen seither das Stimmvieh geliefert hat; haben wir ihnen diesen entrissen, so ist unser Kampf ein weit leichter.

Auf denn, Parteigenossen! Tragt ohne Zögern unser Evangelium hinaus unter die Landbevölkerung! Versäumte Zeit ist nicht wieder einzuholen.

